

Pressemitteilung

SONDERSITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin, 19. August 2015

In seiner zweiten Sitzung in diesem Sommer hat der Deutsche Bundestag heute mit 454 Ja- und 113 Nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen den 144-seitigen Antrag des Bundesministeriums der Finanzen beschlossen. Damit stimmt der Deutsche Bundestag dem dritten Hilfspaket zu Gunsten der Hellenischen Republik zu.

Bei der Abstimmung habe ich nach langer und reiflicher Überlegung mit Ja gestimmt.

Dr. Gundelach: „Grundlage meiner Entscheidung waren die ausführlichen Erläuterungen des Bundesfinanzministers und darin insbesondere der Hinweis auf die engmaschige Kontrolle der von Griechenland eingegangenen Verpflichtungen. Ebenso wichtig war für mich, dass die vereinbarten Reformen auch dazu beitragen werden, den Regierungs- und Verwaltungsapparat deutlich effektiver zu machen und die vorhandene Korruption zurückzufahren.“

Nicht minder wichtig ist mir aufzuzeigen, dass Europa auch in schwierigen Situationen zusammenhält und Europa nach wie vor in der Lage ist, mit einer Stimme zu sprechen und gemeinschaftlich entschlossen zu handeln. Viel Vertrauen ist in den letzten Monaten verloren gegangen und dieses gilt es jetzt wieder aufzubauen. Vor uns liegt ein schwieriger Weg, auf dem Rückschläge nicht ausgeschlossen werden können. Keinen Zweifel aber habe ich daran, dass unsere Zukunft in einem geeinten Europa liegt und dass wir deshalb diesen Weg gemeinsam gehen müssen.“



Hintergrund:

Zum zweiten Mal in der Sommerpause ist der Deutsche Bundestag zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Nachdem er am 17. Juli 2015 der Bundesregierung das Mandat erteilt hat, im Rahmen der EURO-Gruppe und gemeinsam mit den Europäischen Institutionen und dem IWF in Verhandlungen über ein Drittes Hilfspaket für Griechenland einzutreten, befindet der Deutsche Bundestag heute über das Ergebnis.

Auf der Tagesordnung steht die Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages für eine Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands nach dem Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dazu hat das Bundesministerium der Finanzen einen 144-seitigen Antrag (Drucksache 18/5780) vorgelegt, über den der Bundestag namentlich abstimmt. Zu Beginn der Plenarsitzung hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, eine Regierungserklärung abgegeben. Im Anschluss erfolgte eine drei stündigen Debatte mit der anschließenden namentlichen Abstimmung.

Für Rücksprachen

Thorsten Wulff

Telefon (0 40) 86 69 38 89, (0 30) 2 27-7 87 80

Telefax (0 40) 86 69 38 99, (0 30) 2 27-7 67 78

Mobil (01 72) 4 55 07 06

presse@herlindgundelach.de

